

1987

GA Wien-Aktuell 40/97 – Sondernummer **Dezember 1997**

Erscheinungsort Wien. Verlagspostamt 1070 Wien. DVR-Nr. 0527491. P.b.b.

1988

Grüne in den Bezirksvertretungen

1989

1990

1991

1992

1993

1994

1995

1996

1997



Die ersten 10 Jahre

Vorwort

Am 8. November 1987 – also vor 10 Jahren – fanden in Wien vorgezogene Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen statt. Die Grüne Alternative, seit November 1986 im Nationalrat vertreten, kandidierte zum erstenmal in Wien. Während die für den Einzug in den Gemeinderat notwendige 5%-Hürde mit 4,40% knapp verfehlt wurde, gelang es KandidatInnen der Grünen Alternative, in allen 23 Wiener Bezirksvertretungen (mit einem durchschnittlichen Stimmenanteil von 4,99%) Fuß zu fassen. Im Dezember 1987 wurden 55 grünalternative BezirksrätInnen (28 Männer und 27 Frauen) angelobt.

Sie kamen aus älteren grünalternativen Gruppen wie der Alternativen Liste Wien (die schon seit 1983 mit insgesamt 10 Bezirksratsmandaten – je einem in den Bezirken 1 bis 10 – vertreten war), aus der Umwelt- und Friedensbewegung, aus Bürgerinitiativen und aus Gruppen der unabhängigen Linken.

„Neuland“ Bezirkspolitik

1987 war der erste Schritt zur sogenannten „Dezentralisierung“ – einer „Aufwertung“ der Bezirksvertretungen, die auch mit einer Aufstockung der Mandatszahl einherging (damals von insgesamt 822 auf 1.082, 1996 neuerlich auf 1.112), eingeleitet worden. Dennoch waren die Kompetenzen der Bezirke sehr gering. Alle 23 Bezirksbudgets zusammen machten nur rund 1% des Wiener Budgets aus, und die einzelnen Posten der Bezirksbudgets wurden von den Magistratsabteilungen vorgegeben. Darunter befanden sich u.a. die bauliche Instandhaltung der Pflichtschulen und Kindertagesheime, die Herstellung von Nebenstraßen, die Errichtung und Instandhaltung von Verkehrsleiteneinrichtungen wie Ampeln und Bodenmarkierungen, die Instandhaltung von Grünanlagen und Spielplätzen, aber auch der öffentlichen Beleuchtung und der öffentlichen Uhren, die Führung der (zumeist in SPÖ-Sektionslokalen eingemieteten) Pensionistenklubs, usw.

Zum Mitwirkungsbereich der Bezirksvertretungen, womit jedoch nichts anderes als das Recht, Vorschläge und Stellungnahmen abzugeben, gemeint ist, zählten u.a. die Bezirksentwicklung, die Lösung von Verkehrsproblemen, die Ausgestaltung der städtischen Grünräume im Bezirk, die Auswahl von Standorten für diverse Einrichtungen, die Benennung öffentlicher Verkehrsflächen, usw.

Unter „der Bezirk“ wurde und wird in der Öffentlichkeit (und von der Verwaltung) nahezu ausschließlich der Bezirksvorsteher (die männliche Form ist hier bewahrt

verwendet, da Bezirksvorsteherinnen nur vereinzelt anzutreffen sind) verstanden. Der Ausdruck „Bezirkskaiser“ kommt nicht von ungefähr: vor allem – wenn auch

werden, ein/e OppositionskandidatIn darf also gar nicht antreten, auch wenn die absolute Mehrheit aller BezirksrätInnen ihn/sie wählen würde. Wenn die Mehrheit es beschließt, muß der Bezirksvorsteher nicht einmal geheim gewählt werden, sondern per Handheben.

Oppositionsrechte auf Bezirksebene gibt es kaum – ein/e Bezirksrat/rätin hat nicht einmal das Recht, den Inhalt einer Wortmeldung protokollieren zu lassen oder auf eine Anfrage auch eine schriftliche Antwort zu bekommen. Der Wiener Gemeinderat kann Beschlüsse einer Bezirksvertretung ignorieren und tat dies in den vergangenen 10 Jahren auch des Öfteren. Der Bezirksvorsteher wiederum ist nicht etwa den gewählten BezirksrätInnen verantwortlich, sondern dem Bürgermeister. Die BezirksrätInnen sind fast gänzlich auf den Goodwill der Bezirksvorsteher angewiesen und haben als einzelne Mandata-



Pressekonferenz „1 Jahr Grüne Alternative in den Bezirksvertretungen“ (1988). V.l.n.r.: Hilde Haidvogel (23. Bezirk), Günter Kenesei (10. Bezirk), Jutta Sander (9. Bezirk), Rudi Simané (17. Bezirk) und Hannelore Weber (19. Bezirk).

nicht ausschließlich – in den großen ArbeiterInnenbezirken war dieser Typus anzutreffen: aufgrund solider absoluter SPÖ-Mehrheiten (die in acht Bezirken bis 1996 anhielten) war es nicht nötig, auf andere politische Kräfte Rücksicht zu nehmen.

Demokratiedefizit

Obwohl 1997 im Wiener Landtag ein zweiter Schritt der „Dezentralisierung“ beschlossen wurde und die Bezirksbudgets annähernd verdoppelt wurden (mit nunmehr eigener Verfügung über so essentielle Dinge wie die Reinigung von Märkten und die Instandhaltung öffentlicher WC-Anlagen), änderte sich nichts an dem in der Wiener Stadtverfassung und in der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen verankerten Demokratiedefizit:

So darf etwa der Bezirksvorsteher nur auf Vorschlag der stärksten Partei gewählt

rInnen (mangels Status als Organ der Gemeinde) auch kein Recht auf Auskunft bei Fragen an die Verwaltung.

Unter solchen Bedingungen fanden die ersten Gehversuche grüner Kommunalpolitik in den 80er-Jahren statt.

Mangelnde Zuständigkeit der Bezirksebene in Fragen der „allgemeinen“ Politik (in der Regel Sache des Nationalrats), aber auch des größten Teils der Kommunalpolitik (zumeist Sache des Gemeinderats) führten einerseits zu Frustrationen, da die Erwartungen, politisch mitzugestalten, von vielen grünen „NeueinsteigerInnen“ hoch gesteckt waren, andererseits nutzten diese jedoch die Bezirksvertretungen so gut es ging als „Bühne“, um dort ihre Inhalte zu transportieren, Diskussionen zuzuspitzen und mit „lästigen“ Anfragen an Informationen heranzukommen, die den BürgerInnen sonst vorenthalten worden wären.

Bedingungen für Grüne Politik in den Bezirken

Die 23 Bezirke Wiens bieten völlig unterschiedliche Arbeitsbedingungen, die sich aus der **sozialen Struktur der Bevölkerung, aus lokalen Traditionen, aus dem Vorhandensein oder Nicht-Vorhandensein einer „Szene“** usw. ergeben. Diese Voraussetzungen wirkten - zumindest in der Anfangszeit - auch auf die Zusammensetzung vieler grünalternativer Bezirksgruppen und auf deren Schwerpunkte.

Von der Sozialstruktur her sind die Bezirke zwischen Ring und Gürtel für Grün-Politik am „ergiebigsten“: es gibt einen hohen Anteil an StudentInnen aufgrund der Nähe der Universität(en), dadurch bedingt auch eine entsprechende Beiskultur und „alternative Infrastruktur“ (Wohngemeinschaften, Bioläden, usw.).

„Alternatives“ Zentrum

Der Anteil an EinwohnerInnen mit abgeschlossener Hochschulbildung liegt weit über dem Wien-Durchschnitt und ist nur mit den „großbürgerlichen“ ÖVP-dominierten Bezirken Innere Stadt, Hietzing, Währing und Döbling vergleichbar. Dieses Vorhandensein von intellektuellem Potential hat dazu geführt, daß etwa der 7. Bezirk die dichteste Konzentration von Kultureinrichtungen und -initiativen aufweist. Die Bevölkerung dieser Bezirke verjüngt sich, was sich am überdurchschnittlichen Anteil der 15 bis 30-Jährigen zeigt.

Für Grüne ist es relativ leicht, in diesen Bezirken mit Informationen an die Bevölkerung heranzukommen: für die Ankündigung einer Veranstaltung genügt es, durch die wichtigsten Szenelokale zu ziehen und dort Plakate aufzuhängen (im Gegensatz zu den Außenbezirken gibt es genug Lokale, in denen nicht Haider die „Lufthoheit über den Stammtischen“ hat), und der flächendeckende Versand einer Grün-Zeitung ist in einem Innenbezirk mit rund 15.000 Haushalten leichter finanzierbar als in Favoriten oder Floridsdorf mit 70.000 bis 80.000 Haushalten. In Wahlkampfzeiten erweist sich die geringe Fläche von Bezirken wie Josefstadt oder Neubau als günstig, da das Aufstellen von wenigen Plakatständern schon genügt, um für alle BewohnerInnen erkennbar präsent zu sein.

Die gute Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln (U-Bahnen, Busse, Straßenbahnen) hat dazu geführt, daß in den Innenbezirken immer weniger neue Autos gekauft werden und ein großer Teil der BewohnerInnen bereits auf ihre „Blechbübel“ verzichtet hat. Über die Qualitätspreise - die über die Grünen differen-

zierter berichtet als der großteils feindlich gesonnene „Boulevard“ - erreicht man hier zumindest einen nennenswerten Anteil der Bezirksbevölkerung.

In den Bezirken 6, 7 oder 8 gibt es auch noch einen starken Restbestand an Kleingewerbe und Kleinhandel (z.B. Lebensmittelgeschäfte), der sich halten konnte, da im dicht verbauten Gebiet zwischen Ring und Gürtel kaum Platz für die Errichtung flächenfressender Groß-Einkaufszentren vorhanden war. Dieses „kleinbürgerliche“ Element bedingt eine

Neubaugasse wurde in der ersten Hälfte der 90er-Jahre von einer „rot-grünen“ Mehrheit im Neubauer Bezirksparlament lanciert.

Kampf an der „Peripherie“

Völlig anders sind die Bedingungen in den großflächigen ArbeiterInnenbezirken wie Favoriten, Simmering, Floridsdorf oder Donaustadt. Jahrzehntlang SPÖ-dominiert, bis in die 80er-Jahre hinein mit soliden Zweidrittelmehrheiten, Horte des sprichwörtlichen „Bezirkskaisertums“. Alternative oder studentische Szenen sind so gut wie nicht vorhanden, in riesigen Gemeindebau-Anlagen (der Anteil an Gemeindewohnungen liegt etwa zwischen einem Drittel und der Hälfte) wird die FPÖ stärker und stärker - obwohl z.B. AusländerInnen gar keine Gemeindewohnungen erhalten, herrscht (medial verstärkt) eine diffuse Angst vor Fremden. Ein Infostand in der Favoritner FußgängerInnenzone mit Infos gegen Rassismus hat mit „Gegenwind“ zu rechnen, und die lokale Bezirksgruppe kämpft tapfer gegen den „Mainstream“ an.



Grüne Floridsdorf: Kundgebung gegen den geplanten Bau der 380 kV-Leitung Wien Nord - Bisamberg vor dem Umspannwerk in der Jedleseerstraße (1994)

Dominanz der ÖVP, die jedoch langsam erodiert, vor allem seit dem Auftreten des Liberalen Forums. Hatte die ÖVP 1983 in den Bezirken 4 und 6 bis 9 überall die Hälfte oder mehr der Bezirksratsmandate, so hat sie seit 1991 lediglich noch im 4., 6. und 8. Bezirk die relative Mehrheit, während sie im 7. und 9. Bezirk von der SPÖ knapp überholt wurde. Durch die ausgeglichenen Kräfteverhältnisse (1996 etwa lagen im 7. Bezirk zwischen der stärksten und der viertstärksten Partei nur rund 8 Prozentpunkte, die Grünen haben gleich viele Mandate wie die FPÖ) werden die politischen Gestaltungsmöglichkeiten größer: die verkehrsberuhigte Zone in der

Ähnlich verhält sich die Situation in der Verkehrsfrage: während die von den Grünen von Anfang an geforderte flächendeckende Parkraumbewirtschaftung mittlerweile in den Bezirken 1 und 4 bis 9 (zufällig Bezirke mit hohem GrünwählerInnenanteil) eingeführt ist, kämpfen die Bezirkskaiser der Außenbezirke - und mit ihnen die BezirksrätInnen von SPÖ, FPÖ, ÖVP und oft auch LIF - vehement für neue Hochleistungsstraßen und Parkplätze. Der Kampf gegen die B301 im Süden Wiens und gegen B3 und B232 in Transdanubien wird von den Grünen und Bürgerinitiativen einsam geführt. Die Bezirke Florids-

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

dorf und Donaustadt nehmen zusammen mehr als ein Drittel der Fläche Wiens ein und haben jeweils rund 130.000 EinwohnerInnen. Im Jahr 1997 gibt es ganze zwei U-Bahn-Linien (U1 und U6), die jeweils bald nach Überquerung der Donau ihre Endpunkte haben und somit die BewohnerInnen zum Umsteigen zwingen, und vier Straßenbahnlinien (von denen zwei - der 31er und der 33er in Floridsdorf - parallel verlaufen). Zum Vergleich: der 6. Bezirk mit rund 31.000 EinwohnerInnen ist an vier U-Bahn-Linien angehängt, wird von zwei Straßenbahnlinien durchquert und grenzt an die Endstellen von vier weiteren. Kein Wunder, daß in Transdanubien - mangels an Alternativen - die „Windschutzscheiben-Perspektive“ in breiten Teilen der Bevölkerung vorherrscht und eine Politik gegen den ungezügelteren Autoverkehr auf Widerstand stößt.

Der hohe Anteil an Grünflächen bringt es mit sich, daß in den Außenbezirken von GrünpolitikerInnen immer wieder erwartet wird, „um 6 Uhr früh bereitzustehen, um sich anzuketten, wenn irgendwo ein Baum umgeschnitten wird“, um es überspitzt auszudrücken. Derartige Fälle gibt es in Hülle und Fülle, und hart wird die Kritik, wenn zuvor in der „Kronzeitung“ eine Schlagzeile à la „Grüne für unbeschränkte Ausländerflut“ zu lesen war.

Hier effektiv gegenzusteuern, ist schwer, zumal flächendeckende Aussendungen an den finanziellen Möglichkeiten scheitern (s.o.). Auch die eigene WählerInnenenschaft zu erreichen, ist ungleich komplizierter: während im 7. Bezirk 1996 ein/e Grün-Bezirksrat/rätin auf 315 Grün-WählerInnen kam (an die er/sie schon mit ein paar Besuchen in Alternativbeisln herankommen kann), kamen in Favoriten auf ein grünes Bezirksratsmandat 1.343 Grün-WählerInnen.

Doch nicht nur die „Szene-Treffpunkte“ sind an der Peripherie dünn gesät, die Weitläufigkeit der Bezirke hat zur Folge, daß eine deutliche Grün-Präsenz mit Plakaten und Ständern in Wahlkämpfen organisatorisch und finanziell unmöglich ist und von der „Materialwalze“ der Großparteien überrollt wird. Infostände auf der Straße werden zwar abgehalten, erreichen aber stets nur einen winzigen Teil der Bevölkerung.

Die politischen Verhältnisse waren in den „roten“ Flächenbezirken versteinert, und in vielen Fällen verhält sich die SPÖ nach wie vor so, als ob sie noch absolute Mehrheiten hätte, was seit den Bezirksvertretungswahlen 1996 nirgends mehr der Fall ist (Ausnahme: Simmering, wo die SPÖ zwar nur 47,85% der Stimmen erhielt, aber durch den Übertritt eines auf der FPÖ-Liste gewählten Bezirksrats eine hauchdünne Mandats-Absolute hält).



Grüne Neubau: Das Grüne „20%-Team“ im 7. Bezirk bei der Angelobungssitzung der Bezirksvertretung (1991)

Grüne Hochburgen

Die Stärke der Grünen bei Bezirksvertretungswahlen variiert von Bezirk zu Bezirk beträchtlich, zeigt aber eine Kontinuität: die besten Ergebnisse wurden stets zwischen Ring und Gürtel erzielt, vor allem in den Bezirken 6 bis 8 – schon bei der ALW im Jahr 1983 (damals verzeichnete Mariabilf mit 5,40% den Rekord), und bei der Grünen Alternative 1987 (Josefstadt 9,68%), 1991 (Neubau 20,08%) und 1996 (Neubau 18,80%).

Am schwierigsten war das Pflaster für die Grünen in den ArbeiterInnenbezirken im Südosten Wiens: 1987 wurde das schlechteste Ergebnis in Favoriten erzielt (3,74%), 1991 und 1996 in Simmering (5,51% bzw. 4,70%). Es muß jedoch gesagt werden, daß trotz der anteilmäßigen Schwäche die absolute Zahl an Grün-Stimmen in den einwohnerInnenstarken „roten“ Bezirken am höchsten war: 1987 in Favoriten (2.514), 1991 und 1996 in Floridsdorf (4.389 bzw. 4.340).

Neben den Bezirken 6 bis 8 verzeichneten auch die Innenbezirke 1, 4, 5 und 9 relativ hohe Grün-Anteile, unter den Außenbezirken sticht nur das großbürgerliche Währing 1991 (10,52%) und 1996 (11,35%) hervor.

Die Bezirksvertretungen haben je nach Einwohnerstärke des Bezirks zwischen 40 und 60 Mandate. Die Grüne Alternative stellte ab 1987 in allen 23 Bezirken MandatarInnen, zunächst 55, dann (1991 und seit 1996) 102. In der ersten Periode war die Grüne Alternative in den Bezirken 6 bis 8 (jeweils 4 Mandate) am stärksten vertreten und in Hietzing (1 Mandat) am schwächsten, 1991 und 1996 jeweils in Neubau (8 Mandate) am stärksten und in Simmering (2 Mandate) am schwächsten.

Im Vergleich mit den zeitgleich stattfindenden Gemeinderatswahlen zeigt sich Folgendes: 1987 schnitten die Grünen auf Bezirksebene überall mit Ausnahme der Bezirke 16 und 19 besser ab, 1991 nur im 7. Bezirk und in Arbeiterbezirken (10, 11, 12, 16, 21 und 23), 1996 überall außer in Hietzing, wo der ÖVP-Bezirksvorsteher mit dem Slogan „Wer blau, grün oder liberal wählt, bekommt einen roten Bezirksvorsteher“ bürgerlich eingestellte Grün-WählerInnen verschreckt haben dürfte.

Es gibt in Wien einige Wahlsprengel, wo die Grüne Alternative bei Bezirksvertretungswahlen schon stärkste Partei ist: 1991 waren dies drei Sprengel im 7. Bezirk mit bis zu 30,4% Grün-Stimmen (zwei zwischen Stiftgasse und Neubaugasse südlich der Siebensterngasse, einer rund um die Bandgasse zwischen Burggasse und Kandlgasse), 1996 ebenfalls drei Sprengel im 7. Bezirk (mit bis zu 28,94%) im Bereich der Siebensterngasse, wo ein grüner Bezirksrat als Trafikant lokale Bekanntheit erreicht hat, ein Sprengel im „Lichtental“ (9. Bezirk) mit 23,17%, sowie der Sprengel 198 im 22. Bezirk (26,53%), ein Teil der nördlich der Donaufelderstraße gelegenen „Sun-City“, in der Wohnungen mit Solaranlagen errichtet wurden.

Anfänge grüner Bezirksarbeit

Erste lokale Grün-Kandidaturen gab es in Wien schon 1978. Die rechtsgerichtete WBU (Wahlgemeinschaft Bürgerinitiativen Umweltschutz), die auch 1983 in mehreren Bezirken kandidierte und danach in den „bürgerlichen“ VGÖ (Vereinte Grüne Österreichs) aufging, blieb aber erfolglos.

Bezirksgruppen der Alternativen Liste Wien (ALW) entstanden im Zuge der bevorstehenden Wahlen vom 24. April 1983. Auf Bezirksvertretungs-Ebene gelang auf Anhieb der Einzug mit 10 Mandaten – je einem in den Bezirken 1 bis 10 – und einem wienweiten Durchschnitt von 2,46%. Die Klubstärke (ab 2 Mandaten) wurde jedoch überall verfehlt.

Als Beispiel für erfolgreiche Pionierarbeit sei Mariahilf erwähnt, wo der Kabarettist Richard Weihs als AL-Bezirksrat tätig war. Die Verhinderung der Verbauung der Denzelgründe an der Linken Wienzeile und die Errichtung eines Parks (gemeinsam mit einer Bürgerinitiative) nach jahrelangem Kampf zählte zu den „historischen“ Erfolgen. Eine Grotteske gab es um die Benennung des Parks im Jahr 1988: während Grüne und BI für den 1940 im KZ Buchenwald ermordeten jüdischen Kabarettisten Fritz Grünbaum eintraten, wollte ihn die ÖVP nach dem stramm arischen Volksschauspieler Rudolf Carl benennen. Bürgermeister Zilk's „Kompromiß“: Namensgeber des Parks wurde Alfred Grünwald, ein vor den Nazis emigrierter Operettenlibrettist, dessen ^{50. An}Vater damals gerade US-Botschafter in Wien war. Hauptsache „Grün...“.

„Frischer Wind“ in den Bezirksvertretungen

Obwohl ein großer Teil der ALW-AktivistInnen aufgrund von Ereignissen im Zuge der „Grünen Einigung“ für die Nationalratswahl 1986 nicht gut auf die Grüne Alternative Wien zu sprechen war, traten in einigen Bezirken Teile der ALW-Gruppen für die GA an, behielten aber ihre Identität und zum Teil auch ihre Zeitungen (im 20. und 23. Bezirk). In Favoriten entstand eine starke GA-Bezirksgruppe sehr früh direkt aus einer aktiven AL-Gruppe. Zu den ältesten und aktivsten Bezirksgruppen zählten jene aus Döbling und Floridsdorf, die im Frühjahr 1987 gegründet wurden. Die meisten anderen entstanden erst unter großem Zeitdruck unmittelbar im Zuge der von 1988 auf den 8. November 1987

vorverlegten Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen, fast ein Jahr nach dem Einzug der Grünen in den Nationalrat.

Der Einzug der Grünen brachte in vielen Bezirken einen Klimaumschwung: 1987 waren die Bezirksvertretungen großteils von älteren Männern dominiert, es gab nur eine einzige Bezirksvorsteherin (in Hietzing). Daß eine neue Fraktion plötzlich mit nahezu der Hälfte Frauen, mit vielen jungen Leuten und mit neuen Umgangsformen auftrat, mußte das System erst „verdauen“. Bis dahin waren sich



Mariahilf: Kundgebung von Bürgerinitiative und Alternativer Liste für den Park auf den Denzelgründen (Mitte 80er-Jahre).

die MandatarInnen von SPÖ, ÖVP und FPÖ fast immer einig gewesen. Entsprechend gereizt reagierten vor allem SPÖ-Bezirkskaiser auf die plötzliche „Ruhestörung“ im politischen Alltag. Von grüner Seite wurden jede Menge „lästige“ Anfragen und Anträge gestellt, Bezirksvertretungssitzungen dauerten gelegentlich bis Mitternacht. Ein Beispiel für den Anfangseifer: im 3. Bezirk brachten die Grünen im Jahr 1990 mehr einstimmig angenommene Anträge durch als alle drei anderen Fraktionen zusammen insgesamt stellten.

Unter den SPÖ-Bezirksvorstehern ist Karl Lacina (Brigittenau) als positive Ausnahme zu erwähnen. In anderen Bezirken – etwa dem 10., 16. oder 21. – gab es von Anfang an „Beton“. Die „Täglich Alles“-Schlagzeile des Ottakringer Bezirksvorstehers Barton „Das Rathaus läßt die Bürger zuviel mitreden“ (TA 29. 10. 1996) ist vielsagend. Eine Journalistin von „Wien Lokal“ zitierte eine Aussage desselben Vorstehers zu einem grünen Antrag auf Umgestaltung des Richard-Wagner-Platzes: „Zudem denke ich nicht daran, ausländische Bürger, die nicht einmal das Wahlrecht haben, mitgestalten zu lassen“ (14. 12. 1994).

Kurz darauf wurde „rein zufällig“ ihr Vertrag nicht mehr verlängert...

Der Floridsdorfer Bezirksvorsteher Landsmann mußte 1988 feststellen: „So ein Kasperltheater habe ich seit 1945 nicht erlebt“. Bezirksvertretungssitzungen hatten also offensichtlich durch den Einzug der Grünen an Unterhaltungswert gewonnen, was auch in einem – vorübergehenden – Andrang von ZuhörerInnen Ausdruck fand.

Mit „Bezirkskaisern“ der ÖVP gestaltete sich das Verhältnis teils schwierig (6. Bezirk), teils – zumindest in den ersten Jahren – kooperativ (19. Bezirk).

Bezeichnend war der Umgang der Mehrheitsparteien mit grünen Anträgen:

Entweder wurden sie glattwegs abgelehnt oder einer Kommission bzw. einem Ausschuß zugewiesen (und dort abgelehnt); oder die SPÖ stellte wenig später

wortwörtlich denselben Antrag und ließ ihn annehmen, um sein Ergebnis als ihren Erfolg öffentlich loben zu lassen.

Schrittweise Integration

Im Laufe der Jahre ging die Ausgrenzung der Grünen etwas zurück. Anträge wurden immer öfter angenommen, 1991 wurde der Neubauer Grün-Bezirksrat Dr. Dieter Schrage Vorsitzender der Kulturkommission der Bezirksvertretung, mittlerweile gibt es grüne Vorsitzende auch in anderen Bezirken (etwa Bezirksrätin Ines Riedler in der Hernalser Sozialkommission). In einigen Bezirken wurden grüne BezirksrätInnen als Drogenbeauftragte nominiert (z.B. Dorothea Troll in Döbling). In manchen Bezirken schickten die Vorsteher grüne MandatarInnen sogar als ihre VertreterInnen zu Ortsverhandlungen.

Diese Integration bewirkte jedoch, daß die Grünen mehr und mehr mit Detailarbeit in Ausschüssen und Kommissionen „zugedeckt“ wurden und Kräfte gebunden wurden, die sonst vielleicht für weitere Aktivitäten „auf der Straße“ verwendet worden wären.

Feministischer Sand im patriarchalen Getriebe

Der Einzug der Grünen in alle 23 Bezirksvertretungen bescherte der bieder patriarchalisch geordneten rot-schwarzen Welt der Bezirkspolitik eine ganz besondere Irritation: 27 der 55 Neuen waren Frauen.

Der durchschnittliche rote oder schwarze Bezirksmandatar hatte eine eindeutige Vorstellung von Menschen, die ordentliche Forstarbeiter in der Au an ihrer Arbeit hinderten, auf Schornsteine von Müllverbrennungsanlagen kletterten, sich auf die Straße setzten und vor Bagger legten: Langhaarig, ungepflegt, unordentlich gekleidet und mit sehr schlechten Manieren. Daß da auch Frauen dabei waren, konnten anständige Bürger nur mit Kopfschütteln zur Kenntnis nehmen und sich ihren Teil dazu denken.

Langhaarig, ungepflegt und mit schlechten Manieren

Und nun sollten diese Figuren in die wohlgeordnete Welt der Bezirksvertretungen eindringen und dort ihr Chaos verbreiten.

Kein Wunder, daß der Penzinger Bezirksvorsteher hörbar erleichtert aufatmete, als er die zwei grünen Bezirksrätinnen erblickte, die ihm ihren Antrittsbesuch abstatteten: „Sie sind ja ganz nett angezogen“, meinte er wohlwollend, als er weder zerrissene Jeans noch grüne Haare feststellen mußte, um dann ausführlich zu erklären, warum Bezirksvertretungen kein geeigneter Ort für Revolutionen oder Demonstrationen sein könnten und daß er als altes Mitglied der Naturfreunde die Grünen ja eigentlich für überflüssig hielte.

Nach der Geschäftsordnung können Parteien, die mindestens zwei BezirksrätInnen stellen, einen Klub bilden und einen Klubobmann nennen. In zahlreichen Klubs der Grünen war dieser Klubobmann eine Frau. War die nun eine Frau Klubobmann, oder eine Klubobfrau oder, wie in Floridsdorf gehört, eine Klubobmännin?

„Klubobfraustellvertreter“

Im Amtshaus von Döbling mußte ein Messingschildchen mit der Aufschrift „Klubobfraustellvertreter“ produziert und an der Türe des Sprechzimmers angebracht werden. Das kleine Täfelchen hatte die Wirkung eines mittleren Erdbebens und bot Stoff für viele Stammtischgespräche.

Die grünen Frauen bestanden feministisch stur darauf, sowohl mundlich als auch schriftlich als weibliche Menschen,

also als Bezirksrätin und nicht als Frau Bezirksrat tituliert zu werden. Nicht immer wurde diese emanzipatorische Haltung von den Kolleginnen der anderen Fraktionen frauensolidarisch unterstützt.

Oppositionelle Kritik aus Frauenmund war für die g'standenen Männer der traditionellen Parteien schwer zu ertragen. Die vertrauten Verhaltensmuster funktionierten nicht. Die grünen Mandatarinnen fielen mit Vergnügen aus der weiblichen Rolle und zeigten keinerlei Respekt vor der Hierarchie der Bezirkspolitik. So mancher Bezirkskaiser faßte es nicht, daß eine junge Frau ihm einfach widersprach und den Widerspruch auch kompetent begründen konnte. Einem ÖVP-Häuptling in Währing wurde es einmal zu viel und er polterte los: „Ich habe zwei Töchter in Ihrem Alter, die reden nicht in diesem Ton mit mir!“ – Die junge Bezirksrätin ließ sich in ihrer Kritik nicht beirren und schreckte sich nicht einmal vor der Drohung: „Ich werde jetzt keine Rücksicht mehr auf Sie nehmen, auch wenn Sie eine Frau sind!“

Auch die sattsam bekannte Methode, Frauen auf ihr Ausssehen zu reduzieren, statt auf ihre Argumente einzugehen, kam oft genug zum Einsatz. „Des Beste an den Argumenten der Frau Magister is, daß' wenigstens a guate Figur hot, wann s' aufsteht“, mußte sich eine grüne Klubobfrau vom FPÖ-Klubobmann anhören. Bürgermeister Helmut Zilk war auf diesem Gebiet ja schon immer ein Meister. Anlässlich einer Diskussion um die Müllverbrennungsanlage Spittelau raunte er einer Döblinger Bezirksrätin zu: „Aber gnädige Frau, wenn man so schöne Augen hat, sollte man sich doch nicht mit Müll beschäftigen ...“

Aber nicht immer hatten die Machos Samthandschuhe an. In manchen Bezirken war der Ton sehr rauh, ja beleidigend. Im Machtgefühl der absoluten Mehrheit glaubte man(n) sich das leisten zu können.

Heute, nach zehn Jahren, sieht einiges etwas anders aus. Die absoluten Mehrheiten sind dahin, die Frauen sind ein unberechenbares kritisches Wählerpotential, das eine Partei auch nach der Präsenz von Frauen in Spitzenfunktionen beurteilt. Damit ist noch lange nicht das Matriarchat ausgebrochen, aber ein wenig hat sich die Atmosphäre doch verändert.

Grüne G

Blickt man/frau auf das Erscheinungsbild der Wiener Grünen in den Anfangsjahren, so fällt eines auf: dessen Uneinheitlichkeit. Die Logo-Frage der Bundespartei wurde erst 1993 endgültig gelöst seither gibt es das grüne „G“ in Form eines geschwungenen Pfeils. Im allerersten Nationalratswahlkampf 1986 diente eine Sonne mit Gesicht als Identifikationssymbol, dann setzte sich (zumindest in Ostösterreich) ein stilisierter Baum durch, der gelegentlich auch als geballte Faust gedeutet wurde.



Noch komplizierter war das Erscheinungsbild in den Wiener Bezirken, wo im Zuge des Wahlkampfes 1987 und danach grüne Aussendungen und gelegentlich auch schon Zeitungen erschienen. Einige Bezirksgruppen übernahmen zunächst bestehende Blätter der „Alternativen Liste“ und deren Design – so etwa das „Maria-hilf-los“ im 6., das „ALS-ergrund“ im 9., das „Währinger Blattl“ im 18., „Die Insel“ im 2./20. und den „Maulwurf“ im 23. Bezirk. Im 17. Bezirk gab es bereits eine „Institution“ – die „BIN in Hernalts“, entstanden schon vor der „grünen Einigung“ aus den Blättern der lokalen Gruppen der AL und der (von Parteichef Josef Buchner wegen „Linksabweichung“ ausgeschlossenen) VGÖ. Die „BIN-Zeitung“ gibt es bis heute, ebenso das „Währinger Blattl“ und den „Maulwurf“.

Die ersten Bezirkszeitungen der neuen Grünen Alternative erschienen ab 1988. Als Logos wurden in den ersten Monaten fallweise die Sonne bzw. die „Baum-Faust“ mit lokalen Sehenswürdigkeiten wie dem Karl-Marx-Hof oder dem Donauturm kombiniert, die Zeitung der Simmeringer Grünen nannte sich gleich „Gasometer-Express“. Ähnlich „lokalpatriotisch“ gab sich die Bezirksgruppe Leopoldstadt: ihre Zeitung nannte sich bis vor kurzem „Geisterbahn“.

Auffallend sind – wie auch bei vielen Zeitungen neuer grüner Gemeinderats-Gruppen auf dem Land – die vielen Namen aus der Pflanzen- und Tierwelt: „Brennnessel“ (1. Bezirk), „Grüne Distel“ (14. Bezirk), „FLOH“ (21. Bezirk), „Maulwurf“ (23. Bezirk). In Meidling wehte der „Gegenwind“ durch die lokale Medienlandschaft.

egenöffentlichkeit

Teilweise wurden die Bezirksnamen mit „Grüne“, „Grüne Alternative“ oder anderen Begriffen kombiniert – so etwa im 3. Bezirk („Grüne Landstraße“), im 7. („Neubauer Rundschau“), im 8. („Josefstädter Journal“), im 16. („Der grüne 16.“) und im 22. Bezirk („Grüne Donaustadt“). Neueren Datums sind u.a. die Zeitungen „Unerhörtes“ der Bezirksgruppen 4, 5 und 6, „GANZ Hietzing“ aus dem 13. Bezirk, der „Schmelztiegel“ aus dem 15. Bezirk (der sowohl den Freiraum Schmelz als auch den multikulturellen Charakter von



Grüne Rudolfheim-Fünfhaus: „Do it yourself-Zebrastreifen“-Aktion auf der Hütteldorferstraße (1995).

FLOh  UNERHÖRTEs 



Rudolfheim-Fünfhaus anspricht) und die „Grüne Bre“ (alter Dialektausdruck für „Brigitte“) im 20. Bezirk.

Die Zeitungen wurden zu einem wichtigen Angelpunkt der gemeinsamen Arbeit, oft finanziert von einem Teil der Aufwandsentschädigungen, die BezirksrätInnen an ihre Gruppen ablieferten, in den ersten Jahren durchwegs ehrenamtlich – und nur gelegentlich mit

Hilfe von Computern – layoutiert. Die „Neubauer Rundschau“ wurde als erste Grün-Zeitung regelmäßig flächendeckend an alle Haushalte des 7. Bezirks verschickt.

Die grünen Bezirksblätter waren die ersten, die umfassend und kritisch und vor allem regelmäßig (der „FLOh“ im 21. Bezirk beispielsweise erschien in den

ersten drei Jahren fast monatlich) von den Sitzungen der Bezirksvertretungen berichtet und dadurch vielen BezirksbewohnerInnen überhaupt erst bewußt machten, daß es diese Einrichtungen gibt. Immer wieder erwiesen sich grüne Bezirksblätter als „Stachel“ im Fleisch der Bezirkskaiser, was sich daran zeigt, daß aus ihnen immer wieder im Verlauf von Bezirksvertretungssitzungen zitiert wurde und nicht selten von Bezirksvorstehern in ihren „offiziellen“ Kolumnen gegen Artikel in grünen Zeitungen polemisiert wurde.

Doch die Grün-Zeitungen hatten noch eine andere Funktion: in den Jahren vor 1991, als die Grünen noch nicht im Gemeinderat waren, waren sie oft die einzigen Medien, in denen der „veröffentlichten Meinung“ authentisch entgegengetreten werden konnte und komplexere Sachverhalte mit eigenen Worten dargestellt werden konnten.

Mit Beginn der 90er-Jahre setzte ein „Professionalisierungs-Schub“ ein. Die grünen Bezirkszeitungen wurden dicker, aufwendiger, gekonnter layoutiert und enthielten mehr Fotos. An ihrer grundsätzlichen Funktion als lokale „Visitenkarten“ hat jedoch auch das „Internet“-Zeitalter und die Verbreitung der elektronischen Kommunikation (noch) nichts geändert.

Übrigens: die Grünen sind selbstverständlich auch elektronisch erreichbar. In der „Black Box“ finden sich Konferenzen über die Arbeit der Bezirksgruppen, über Bezirkspolitik allgemein und über die Wiener Grünen!

Gegengewicht zum Rechtsruck

Mit zum Einzug ins Rathaus 1991 trug die Tatsache bei, daß die Grünen von den WählerInnen als Gegengewicht gegen die immer stärker werdende FPÖ gesehen wurden. Das zeigte sich auf lokaler Ebene einerseits bei konkreten Aktivitäten wie der „AusländerInnen-Beratung“, andererseits bei diversen Initiativen in den Bezirksvertretungen.

Bei Straßennamen kam es manchmal zum „Kulturkampf“: Grüne Kampagnen – teilweise gemeinsam mit der SPÖ – führten zur Umbenennung der Kernstockgasse (ein kriegshetzerischer Dichter) im 14. Bezirk (heute Jägerstätterstraße nach einem von den Nazis hingerichteten Kriegsdienstverweigerer) und des Kernstockplatzes im 16. Bezirk (heute Familienplatz) sowie zur Aufhebung der Benennung des Platzes Centzgasse/Weinhausergasse im 18. Bezirk nach Pfarrer Deckert, einem antisemitischen Hetzer der Jahrhundertwende.

Auf grüne Initiative wurden einige neue

Straßen und Parks nach weniger bekannten GegnerInnen des Nationalsozialismus benannt (z.B. Grete-Jost-Park im 3., Friessnegg-Park im 21. Bezirk).

Duelle der Grünen gegen die FPÖ gab es in den Bezirksvertretungen immer wieder, sie wurden teils sehr heftig geführt (eine grüne Bezirksrätin in Margareten wurde von Jörg Haider persönlich als „Terroristin“ verleumdet und trat zurück, obwohl die Vorwürfe haltlos waren und ihr schließlich recht gegeben wurde). Rund um das Anti-AusländerInnen-Volksbegehren 1993 kam es zu grünen Gegenveranstaltungen, auch in Sozialfragen zeigten sich die ideologischen Gegensätze immer wieder – z.B. bei Maßnahmen für Drogenabhängige, Obdachlose oder andere Minderheiten.

Die Rolle der Grünen als Gegenpol zum gesellschaftlichen Rechts-Trend wird auch in Zukunft, wenn sich die sozialen Gegensätze noch mehr verschärfen, gefragt sein.

Erfolge grüner Bezirkspolitik

Die konkreten Grün-Erfolge auf Bezirksebene sind zahlreich. Aus Platzgründen sollen hier nur einige wenige aufgezählt werden. Es gelang den Grünen nicht nur, mehrere zerstörerische Projekte zu verhindern, sondern auch mit eigenen Ideen zukunftsweisende neue Wege in der Kommunalpolitik aufzuzeigen.

1. Bezirk: Im Verkehrsbereich war die Innere Stadt im Jahr 1993 Vorreiterin bei der Einführung der flächendeckenden Parkraumbewirtschaftung („Parkpicklerl“). Damit setzte sich eine grüne Forderung durch, der in zahlreichen Kundgebungen Nachdruck verliehen worden war (u.a. „Besetzung“ des Franziskanerplatzes, Schachpartie auf einer Auto-Ladefläche), die aufzeigen sollten, daß nicht das „normale“ Leben auf der Straße, sondern der Parkplatz fürs Auto vielfach das Denken beherrscht. Die Auseinandersetzung um das Szenelokal „Flex“ bei der U-Bahn-Station Schottenring am Donaukanal wurde gegen ÖVP und FPÖ gewonnen, auch Drogenabhängige und StraßenkünstlerInnen werden nicht mehr als „Gefahr“, sondern zunehmend aus dem Blickwinkel von Sozialarbeit und Kulturpolitik betrachtet.

2. Bezirk: Für Aufregung sorgte ein Beschluß der Bezirksvertretung am 10. Dezember 1995, mit dem GRÜNE, ÖVP und FPÖ gegen die SPÖ den Budgetvoranschlag 1996 ablehnten – so etwas war noch nie zuvor vorgekommen. Den Grünen gelang es, in das neue Budget, das am 21. Dezember einstimmig beschlossen wurde, eine dringende Schulsanierung hineinzureklamieren. Gemeinsam mit AnrainerInnen, Geschäftsleuten und ExpertInnen gelang es den Leopoldstädter Grünen, ein Konzept für eine Umgestaltung der Praterstraße auszuarbeiten, das großes mediales Echo fand.

3. Bezirk: 1997 gelang es der grünen Bezirksrätin Eva Lachkovics, die Benennung eines Parks zwischen Erdbergstraße und Rasumofskygasse nach Grete Jost, einer aus dem Bezirk stammenden Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus, durchzusetzen. Von den anderen Parteien waren ursprünglich ausschließlich Namen von Männern vorgeschlagen worden.

Die grüne Bezirksgruppe war auch federführend bei der Forderung nach Einführung der Parkraumbewirtschaftung im 3. Bezirk.

4. Bezirk: Besonders erfolgreich waren die Grünen auf der Wieden im Kampf gegen Großgaragen: im Rubenspark wurde ein Projekt verhindert, auch gegen den Bau einer Garage unter dem Wirtschaftskammerpark hat sich die Bezirksvertretung nach zähem Ringen ausgesprochen.

In ihrem gemeinsamen Lokal in der Eggerthgasse haben die Bezirksgruppen 4, 5 und 6 eine Beratungsstelle für AusländerInnen eingerichtet, die seit Jahren Anlaufstelle bei Schwierigkeiten in Asyl- und Aufenthaltsverfahren sowie bei Problemen des täglichen Lebens ist.

5. Bezirk: Durchhaltevermögen und wiederholtes Einbringen von Anträgen, die Erstellung eines kompetenten Konzeptes und die Einbindung aller Sozial- und Jugendeinrichtungen im Bezirk führten zur Installation einer Gruppe von mobilen JugendarbeiterInnen in Margareten. Waren vorerst alle Fraktionen dagegen (SPÖ: „Brauch' ma ned, bei uns is eh alles in Ordnung“, FPÖ: „Das Drogenproblem soll die Polizei lösen“), so wollten am Ende alle Mit Antragsteller sein. Die Möglichkeit der Verzichtserklärung auf die dicken Amtsblätter, die bis dahin automatisch an alle damals 1.082 Wiener BezirksrätInnen ergingen, war eine von den Grünen im 5. Bezirk ausgehende Papierspar-Initiative.

6. Bezirk: Nicht zuletzt dem Engagement der Grünen ist es zu verdanken, daß Mariahilf heute ein „Musterbezirk für Sozialprojekte“ ist – von der „Rosa Lila Villa“ über das Drogenhilfszentrum „Ganslwirt“ bis zum Obdachlosenquartier „Gruft“. Der Flohmarkt, ein weiterer Dorn im Auge des damaligen Bezirksvorstehers Pint, wurde mit Hilfe von 13.000 gesammelten Unterschriften und zwei grünen Festen verteidigt. Schließlich wurde im Jahr 1996 nach einer Unterschriftensammlung und Lesung (Kammerschauspieler Walter Reyer) ein Tiefgaragenprojekt im Esterhazy-Park zu Fall gebracht.

7. Bezirk: Die von 1991 bis 1996 bestehende rechnerische „rot-grüne“ Mehr-

heit im ehemals „schwarzen“ Bezirk Neubau wirkte sich vor allem bei Verkehrsprojekten aus: so konnte eine Busspur in der Burggasse durchgesetzt und die Neubaugasse unter Einbeziehung der BürgerInnen verkehrsberuhigt werden. Auch für die AnrainerInnen der Lindengasse konnte durch die Unterbrechung der Gasse die Lärm- und Abgasbelastung durch den Durchzugsverkehr unterbunden werden.

8. Bezirk: Grüne Themen bestimmen seit Jahren die Josefstädter Bezirkspolitik. Sowohl sozial als auch umweltpolitisch. Mit dem Schwerpunkt „Grüne Innenhöfe“ bewirkten die Josefstädter Grünen vor allem ein Umdenken in der Bewertung von Flächenwidmungsplänen. Fast legendar ist der Kampf um den Kastanienbaum in der Fuhrmannsgasse. Demokratisierungsprozesse im Bezirk (BürgerInnenbefragung), sowie das Projekt „Altern in Würde“ – für ein Sozial- und Gesundheitszentrum in der Josefstadt – prägen mittlerweile nicht mehr nur die Arbeit der Grünen, sondern der gesamten Bezirksvertretung.

9. Bezirk: Auch der Lichtentalerpark war als Standort für eine Tiefgarage ausersehen. Die Grünen leisteten dagegen gemeinsam mit einer BI und der örtlichen Pfarre Widerstand. Die Einführung des „Parkpicklerls“ und Verluste der SPÖ in dieser „Grätzl“ bei der Bezirksvertretungswahl 1996 an die Grünen führten zu einem vorläufigen Stopp des Projekts. Die Grünen fordern nun – unterstützt durch ein alljährliches Kinderfest – eine Sanierung des Parks (Neupflanzungen, Ausweitung der Anlage in den umliegenden Straßenraum, Erneuerung der Spielgeräte, Ruhezone, usw.).

10. Bezirk: Seit 1988 kämpfen die Favoritner Grünen gegen den Bau der geplanten B301, einer Transitverbindung zwischen Süd- und Ostautobahn etwa entlang der südlichen Stadtgrenze Wiens. Kundgebungen und Veranstaltungen gemeinsam mit Bürgerinitiativen aus Wien und Niederösterreich (darunter eine Menschenkette am 7. Mai 1994), eine Kampagne mit „Info-Hotline“, die Erarbeitung eines alternativen ÖV-Konzepts für den Südraum, ein flächendeckender Postwurf und Einsprüche im Umweltverträglichkeitsverfahren gehören zu den Aktivitäten, die die Autolawne stoppen sollen.

11. Bezirk: Auf einen grünen Antrag geht die Schaffung eines Basketballplatzes auf der Fuchsröhrenwiese neben der „Rosa-Jochmann-Schule“ zurück. Bisher noch nicht realisiert, aber von der Bezirksvertretung beschlossen wurde die Schaffung einer Außenstelle des „Integrationsfonds“ in Simmering. Ähnlich erging es dem auf



Grüne Penzing: Kundgebung vor dem Hotel Sacher während der Präsentation des Shopping-Center-Projekts Auhof (Oktober 1988)

grüne Initiative gefaßten einstimmigen Beschluß zur Anbringung einer Gedenktafel bei der ehemaligen jüdischen Synagoge in der Braunhubergasse.

12. Bezirk: Erfolgreich den Bau einer Bundesstraße verhindert haben die Meidlinger Grünen. 1997 wurde die B12b, eine Straße quer über den Altmannsdorfer Anger und mitten durch eine Kleingartenanlage, in letzter Sekunde gestoppt. Bei dem Projekt handelte es sich um das letzte Stück der einst geplanten B222 im Westen Wiens. Die detaillierte Kritik der Grünen an der B12b wurde von den Planern und Experten schließlich aufgegriffen.

Den Meidlinger Grünen gelang es auch, den „heimlichen Deal“ zwischen SPÖ und ÖVP rund um ihre Parteiakademien (die beide im 12. Bezirk liegen) aufzudecken. Die Parks rund um das Renner-Institut und um die Politische Akademie der ÖVP sind als Parkschutzgebiet gewidmet: 1991 stimmte die ÖVP der Umwidmung eines Teiles des Altmannsdorfer Schloßparks zu, damit das Renner Institut einen Hoteltrakt bauen konnte. Zwei Jahre später war ein von der ÖVP-Akademie geplanter Erweiterungsbau betreffend Flächenwidmungsplanentwurf „zufällig“ bereits eingezeichnet und wurde mit Zustimmung der SPÖ verwirklicht. Die Grünen entdeckten dabei noch einen weiteren, ohne Genehmigung errichteten Zubau.

13. Bezirk: Ab 1988 erfolgte auf Anregung des damals einzigen Grün-Bezirksrats Albert Hirl die konsequente Förderung des Radverkehrs in Hietzing. Der Bezirk war des öfteren der „fahrradfreundlichste“ Wicns und wurde 1997 Schwerpunktbezirk mit der Folge, daß Einbahnen

fast flächendeckend geöffnet wurden und die Bezirksvertretung den Beschluß zur Einführung einer Wohnstraße faßte, um einen von den Grünen seit langem geforderten Lückenschluß im Radroutennetz (Kennedybrücke – Auhofstraße) zu ermöglichen.

14. Bezirk: Ab 1988 wurden die Pläne für ein Einkaufszentrum im Auhof, an der Wiener Westeinfahrt, von den Grünen und einer BI mit Unterschriftenlisten in den Penzinger Geschäften und mit einer Kundgebung vor dem Hotel Sacher während der Präsentation des Projekts bekämpft. Der geplante Verkauf der Grundstücke an den Betreiber wurde storniert, derzeit ist an dieser Stelle ein Lärm-schutzwall geplant.



Die Errichtung von 1.000 Parkplätzen unter den Trainingsplätzen des Hütteldorfer Hanappistadions hatte grüne Anfragen und Anträge, eine Sondersitzung der Bezirksvertretung, Demos und eine BürgerInnenversammlung zur Folge. Die AnrainerInnen erhoben Einsprüche bei der Bauverhandlung und bekamen recht, der Gemeinderat revidierte schließlich den beschlossenen Investitionszuschuß.

Grün-Bezirksrat Wolfgang Krisch gelang es, nicht nur über die Bezirksgrenzen, sondern sogar international für Aufsehen zu sorgen. In der Nazizeit wurden im Rahmen der „Euthanasie“-Aktion vom NS-Arzt Dr. Heinrich Gross in der Klinik „Am Spiegelgrund“ behinderte Kinder ermordet. Deren Schädelpräparate sollen nun nach langen Recherchen (Titelgeschichte des „Sunday Times magazine“) – wie von Krisch seit 1992 verlangt – würdig in einem Ehrengrab der Stadt Wien bestattet werden.

15. Bezirk: Im Jahr 1989 gelang es den Grünen, den Baulöwen „Mörtel“ empfindlich zu ärgern: ein zu hoch gehautes Stockwerk der „Lugner City“ in der Gablenzgasse mußte abgetragen werden. Im Vertrauen darauf, daß die SPÖ schon nachträglich eine entsprechende Widmung beschließen werde, war einfach die erlaubte Höhe von 18 Metern überschritten worden. Doch der damalige Grün-Bezirksrat Ali Gronner hatte hunderte AnrainerInnen dazu gebracht, Einsprüche gegen den Flächenwidmungsplan an die zuständige Magistratsabteilung zu schicken.

Im November 1995 machte ein mittlerweile neues Team grüner BezirksrätInnen auf die Notwendigkeit eines Zebrastreifens an der Ecke Hütteldorferstraße/Huglgasse aufmerksam: sie legten einen selbstgebastelten Teppichboden-Zebrastreifen auf die Straße und gingen drüber. Die Aktion erregte Aufsehen, und kaum zwei Jahre später wurde dort amtlicherseits ein Zebrastreifen errichtet.

Im April 1996 wiesen die Grünen des 15. Bezirks auf die Belästigung durch die riesigen Mengen Streusplitt hin: sie griffen selbst zur Schaufel unter dem Motto „Jede/r kehre vor der eigenen Tür“. Blasen an den Händen und viel Verständnis für die orangegewandigen Männer der MA 48 waren das Ergebnis.

16. Bezirk: Den Grünen in Ottakring gelang es u.a., die erste für RadfahrerInnen geöffnete Fußgängerzone zu erkämpfen (im Alten Ort), das erste von der EU finanzierte Bewohnerbeteiligungsverfahren

Grüne Ottakring: Aktion für einen Mehrzweckstreifen auf der Ottakringer Straße (1996)

(Yppenplatz) durchzusetzen sowie zwei wichtige Grundsatzbeschlüsse – zum Schutz aller Weingärten im Bezirk sowie zur Errichtung des ersten Fahrradparkhauses – zu erreichen.

17. Bezirk: Einer der ersten Anträge der Grünen in Hernals verlangte die Einführung weiblicher Dienstitel (mittlerweile erfüllt). Beim Widerstand gegen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf und gegen Jörg Haider's Anti-AusländerInnen-Volksbegehren gelang es, die gesamte Bezirksvertretung zu gemeinsamen Aktionen (Einsprüche bzw. „Lichterfest“) zu motivieren, und nicht zuletzt sind der Verzicht auf die B222 und die Rettung der Allee in der Hernalser Hauptstraße auf grüne Aktivitäten zurückzuführen.

18. Bezirk: Im Jahr 1996 starteten die Währinger Grünen eine Kampagne zur Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung auf Teile des 18. Bezirks. In den an den Gürtel angrenzenden Bezirksteilen sammelten sie Unterschriften zur Einführung des „Parkpickerls“, verteilten Folder an FußgängerInnen und AutofahrerInnen und führten mittels Fotomontagen optisch vor, wie bestimmte Straßenzüge oder Plätze nach einer Befreiung von parkenden Autos und nach einer Neugestaltung mit Schanigärten, Parks, breiteren Gehsteigen usw. aussehen könnten. Die Schar der Parkpickerl-Fans ist seither in Währing stark angewachsen.

19. Bezirk: 1992 konnten die Grünen den Bau einer Privatklinik auf dem Kahlenberg verhindern. Ein weiterer Meilenstein ist der Widerstand gegen den Bau einer Busgarage im Herzen von Grinzing. Die Grünen befürchten dadurch ein Zunehmen des Bustourismus (auch von Bussen diverser Hotels, die nur zum Parken nach Grinzing geführt würden).

Auch die Verkehrsberuhigung und Verbesserung der Situation des Wienerwalds, der Kampf gegen Gehsteigverengungen, die Sicherung der Schulwege und die Verbesserung des Radverkehrs waren Anlässe für Aktionen der Döblinger Grünen.

20. Bezirk: Für das Parkpickerl kämpften auch die Brigittener Grünen als erste Partei in ihrem Bezirk. Sie gingen sogar alle Straßenzüge ab, zählten die Parkplätze und erfaßten die nicht-wiener Autokennzeichen, um einen Überblick über den Anteil an EinpendlerInnen zu bekommen.

Die Verhinderung des Baus einer chemischen Fabrik beim „Wohnpark Kornhäusel“ und die monatliche Zurverfügungstellung ihres Bezirkslokals für die Direktvermarktung von Bioprodukten sind

zwei weitere erfolgreiche Aktivitäten der Brigittener Grünen.

21. Bezirk: Als im Sommer 1990 bei der Chemiefabrik „Perstorp“ an der Leopoldauerstraße zwei Unfälle passierten, forderten die Grünen als einzige Partei die Absiedlung des Betriebs aus dem Wohngebiet. Die ständige Information der umliegenden Bevölkerung mit Flugblättern, Anfragen in der Bezirksvertretung, eine von den Grünen durchgesetzte turbulente BürgerInnenversammlung, eine Kundgebung und zahlreiche Zeitungsartikel führten schließlich dazu, daß die Firma „Perstorp“ angesichts drohender Umweltauflagen und schlechter Imagewerte 1991 das Handtuch warf und den Betrieb schloß.

Der Kampf gegen die B3, eine Transitstraße zwischen dem 21. und 22. Bezirk, bildet seit den 80er-Jahren einen Schwerpunkt der Aktivitäten der Floridsdorfer Grünen. Anträge, Anfragen, Lokalaugenscheine, Hilfe bei der Vernetzung der BürgerInnen, Demonstrationen, Gutachten, Feste, Einsprüche gegen Flächenwidmungspläne u.v.a. führten dazu, daß die B3 östlich der Leopoldauerstraße bis heute nicht gebaut wurde. KleingärtnerInnen, deren Gärten der Trasse zum Opfer fallen sollten, werden seit 1993 von dem grünen Landessprecher Thomas Prader als Rechtsanwalt in den Enteignungsverfahren vertreten.

22. Bezirk: Die Donaustädter Grünen mit ihrem damaligen Bezirksrat Franz Franke waren die erste Partei, die kritisch gegen die geplante EXPO 95 beim Donaupark auftrat – schon drei Jahre vor der Volksbefragung, die 1991 das Projekt zu Fall brachte.

Zu den seit 1995 von einem neuen Team durchgeführten Aktivitäten gehören u.a. die immer wieder auf großes Echo stoßende und in anderen Bezirken bereits nachgeahmte Tour zur Reparatur tropfender Wasserhähne (sie soll auf das Thema „Wassersparen“ aufmerksam machen), die Diavorträge des Bezirksrats Robert Eichert über historische Ansichten im Bezirk, Kräuterwanderungen und der Widerstand gegen das geplante „Mondscheinhochhaus“ am Kaiserwasser.

Auf Bezirksrätin Monika Bevilaqua geht die Erfindung des „Frauenstammisches“ (seit 1995) zurück, dessen Beispiel bald auch in Floridsdorf Nachahmerinnen fand.

23. Bezirk: Kurz nach dem Einzug der Liesinger Grünen in die Bezirksvertretung 1987 gelang ihnen ihr erster Erfolg: die Verhinderung einer von den damaligen SPÖ-Stadträten Mayr und Svoboda geplanten Shopping City auf dem Kellerberg am südlichsten Zipfel Wiens. Die damalige Grün-Bezirksrätin Hilde Haidvogel erfuhr von zwei negativen und auf Weisung schubladierten Gutachten und beantragte in der Bezirksvertretung deren Herausgabe. Der Antrag wurde abgelehnt, und wenig später mußte die SPÖ zähneknirschend die Schlagzeile „Und es gibt sie doch“ in einer Bezirkszeitung zur Kenntnis nehmen.

Wenn Sie sich umfassender über die Arbeit der einzelnen **Bezirksgruppen** informieren wollen, wenden Sie sich direkt an diese oder an das Grüne Büro Wien (siehe Seiten 11/12).



Grüne Donaustadt: „Neumondfest“ am Hirschstettner Badeteich (1996)

GRÜNE BEZIRKSÄRÄTE/ RÄTINNEN IN WIEN

(Stand: Ende 1997)

- 1. BEZIRK:** Karl Bader, Mag. Luise Bracher, Alfred Hülmbauer, Ronald Schmutzer (Klubobmann).
- 2. BEZIRK:** Cecile Waltraud Cordon, Mag. Daniel Ennocki, Michael Gaihaup, Adi Hasch (Klubobmann), Alexander Pollak, Barbara Skala.
- 3. BEZIRK:** Gabriele Beran-Hiesböck, Irene Berryman, Dr. Barbara Boll (Klubobfrau), Mag. Eva Lachkovics, Herbert Pichler, Renate Recher.
- 4. BEZIRK:** Ilse Czerny-Herzmann, Manfred Itzinger (Klubobmann), Dr. Jeanette Mayrhofer-Berger, Mag. Barbara Neuroth, Alexandra Turnwald.
- 5. BEZIRK:** Mag. Silvia Angelo, Dr. Uwe Bolius (Klubobmann), Peter C. Dvorsky, Mag. Christian Kolesar.
- 6. BEZIRK:** Dr. Erich Dimitz (Klubobmann), Thomas Fröhlich, Werner Haslauer, Ingeborg Palusinski, Arne Steininger, Brigitte Vavrovsky.
- 7. BEZIRK:** Renate Bachmayer, Mag. Thomas Blimlinger (Klubobmann), Dr. Gustav Glaser, Karin Horn, Madeleine Reiser, Herbert Sburny, Christian Schindler, Eva Schneider.
- 8. BEZIRK:** Liselotte Albrecht (Klubobfrau), Karin Binder, DI Martin Margulies, Mag. Michaela Schwaiger, Hedvig-Doris Spanner-Tomsits, DI Gebhard Woisetschlager.
- 9. BEZIRK:** Mag. Stefan Freytag, Christian Kaizar, Mag. Michael Landesmann, Dr. Michael Malzer, Mag. Rüdiger Maresch (Klubobmann), Sonja Wendel.
- 10. BEZIRK:** Charlotte Müller-Neumayer (Klubobfrau), Jean Margulies, Oswald Kuppelwieser.
- 11. BEZIRK:** Bernhard Bastien, Wilhelm Stelzhammer (Klubobmann).
- 12. BEZIRK:** Helmut König, DI Eva-Maria Munduch, Volker Plass (Klubobmann), Mag. Franz Schodl.
- 13. BEZIRK:** Albert Hiri, Ingrid Risha-Klaninger, Susanne Frühwirth (Klubobfrau).
- 14. BEZIRK:** Safije Eder-Jenuzi, Elisabeth Holzer (Klubobfrau), Mag. Wolfgang Krisch, Wilhelm Ranseder, Stefan Ratky-Salamonfa.
- 15. BEZIRK:** Mag. Lidia Brandstätter, David Ellensohn, Dr. Jennifer Kickert (Klubobfrau), Renate Sassmann.
- 16. BEZIRK:** Maria Buhrt, Mag. Jan Cupal, Alfred Ganster, DI Martin Grabler (Klubobmann).
- 17. BEZIRK:** Wolfgang Kotz (Klubobmann), Ines Riedler, Rudolf Simané, Paul-Michael Sedlacek.
- 18. BEZIRK:** Mag. Elisabeth Bodmann, Marcel Kneuer, Mag. Silvia Nossek (Klubobfrau), Dr. Andreas Novy.
- 19. BEZIRK:** Stefan Schennach (Klubobmann), Mag. Dorothea Troll, Robert Winklehner.
- 20. BEZIRK:** Peter Grusch (Klubobmann), Margil Landsgesell, DI Tristen Jorde.
- 21. BEZIRK:** Mag. Susanne Dietl, Gerhard Jordan (Klubobmann), Wolfgang Parnigoni, Sylvia Wilke.
- 22. BEZIRK:** Monika Bevilaqua (Klubobfrau), Monika Budić, Robert Eichert, Mag. Karl Zeuner.
- 23. BEZIRK:** Christian Demmer, Philipp Gruber, Maria Hennigs, Helga Widder (Klubobfrau).

TREFFPUNKTE DER GRÜNEN BEZIRKSGRUPPEN

- BG 1** Jeden 1. und 3. Mi. Im Monat um 19.00 Uhr
1010, Wipplingerstr. 23, Tel. 535 86 55
- BG 2** jeden 1. und 3. Mi. um 20.00 Uhr
1020, Kleine Stadtgutgasse 7, Pizzeria Spalato, Tel. 216 51 32
- BG 3** jeden 1. und 3. Do. um 19.30 Uhr
1030, Rennweg 88
Lokal der Jungen „Panther“
- BG 4** jeden 1. Mittwoch um 19.00 Uhr
1040, Dannhauserg. 3, GH Weidinger
- BG 5** jeden Mittwoch um 19.00 Uhr
1050, Hamburgerstraße 20, Café Rüdigerhof
- BG 6** jeden Mittwoch um 19.00 Uhr
1060, Ecke Mollardgasse/Spörlinggasse, Café Mollard
- BG 4-6** *gemeinsames Treffen BG 4/5/6*
jeden letzten Mittwoch um 20.00 Uhr
1060, Eggerthgasse 3, Tel. 587 26 99
- BG 7** in jeder ungeraden Woche Mittwoch um 19.00 Uhr im Grünen Haus
1070, Lindengasse 40
- BG 8** jeden 1. und 3. Mi. um 20.00 Uhr
1080, Kochg. 16, Lokal, Tel. 403 36 69
- BG 9** jeden 1. und 3. Mi. um 19.00 Uhr
1090, W.-Exner-Gasse 28, Gasthaus Lechner
- BG 10** jeden Mittwoch um 19.00 Uhr
1100, Pernerstorfergasse 42, Lokal, Tel. 602 10 84
- BG 11** jeden 1. und 3. Donnerstag, 19.30 Uhr
1110, Schneidergasse 15, Stadtteilzentrum Simmering, Tel. 749 51 96
- BG 12** Jeden 2. und 4. Do. um 19.00 Uhr
1120, Klährg. 3, Gasthaus Weidinger
- BG 13** jeden 1. und 3. Mi. um 19.00 Uhr
1130, Rohrbacher Straße 21, GH zum lustigen Radfahrer
- BG 14** zu erfragen bei Elisabeth Holzer,
Tel. 979 21 10
- BG 15** jeden Donnerstag im Monat um 19.00 Uhr
1150, Grenzgasse 8, China-Restaurant
- BG 16** jeden 2. und 4. Mi. um 19.30 Uhr
1160, Hasnerstraße 16/4, Lokal, Tel. 49 34 438
- BG 17** jeden Mittwoch um 19.30 Uhr
1170, Schadinagasse 3, Club Gandhi, Tel. 485 58 31
- BG 18** jeden 1. Mittwoch. Treffpunkt u. Termin zu erfragen bei Volker Holubetz,
Tel. 407 93 00
- BG 19** jeden Mittwoch um 19.00 Uhr
1190, Barawitzkagasse 16, Lokal, Tel. 36 82 888
- BG 20** jeden 1. und 3. Mo. um 19.30 Uhr
1200, Hannovergasse 4, Lokal, Tel. + Fax: 333 12 09
- BG 21** jeden 2. und 4. Mi. um 19.00 Uhr
1210, Schloßhoferstraße 13/2, Lokal, Tel. + Fax: 271 60 88
- BG 22** jeden 1. und 3. Di. ab 19.30 Uhr,
1220, Wagramer Str. 117/4, Lokal, Tel. 202 80 50
- BG 23** jeden Mittwoch um 20.00 Uhr
1230, Breitenturterstraße 361, Lokal, (Infos unter 869 60 21)

GRÜNE WAHLERGEBNISSE

BY-Wahlen 13. Oktober 1996

Bezirk	Stimmen	Prozent	Mandate
1.	1.054	11,35	4
2.	3.816	9,99	6
3.	3.993	10,51	6
4.	1.816	12,74	5
5.	2.419	11,46	4
6.	2.009	14,99	6
7.	2.520	18,80	8
8.	1.767	15,47	6
9.	2.721	14,58	6
10.	4.028	5,63	3
11.	1.608	4,70	2
12.	3.106	8,34	4
13.	2.158	7,12	3
14.	3.661	9,06	5
15.	2.399	9,13	4
16.	3.074	8,08	4
17.	2.120	9,70	4
18.	2.630	11,35	4
19.	2.851	7,85	3
20.	2.026	6,41	3
21.	4.340	6,76	4
22.	3.939	6,37	4
23.	3.332	7,45	4

VORZUGSSTIMMEN DER BESTEN BEZIRKS-KANDIDAT/INN/EN

Bez.	KandidatIn	Stimmen	% der Grün-Stimmen
1.	Ronald Schmutzer	20	1,90
2.	Alexander Pollak	82	2,15
3.	Albert Steinhauser	40	1,00
4.	Dr. J. Mayrhofer-Berger	35	1,93
5.	Silvia Angelo	47	1,94
6.	Dr. Franz Mayrhofer	60	2,99
7.	Mag. Thomas Blimlinger	81	3,21
8.	DI Martin Margulies	68	3,85
9.	Christian Kaizar	78	2,87
10.	Thomas Kalkus	54	1,34
11.	Verena Fidesser	25	1,55
12.	Mag. Franz Schodl	113	3,64
13.	Susanne Frühwirth	49	2,27
14.	Elisabeth Holzer	92	2,51
15.	Dr. Jennifer Kickert	43	1,79
16.	DI Martin Grabler	62	2,02
17.	Ines Riedler	45	2,12
18.	Mag. Silvia Nossek	76	2,89
19.	Stefan Schennach	75	2,63
20.	Margit Landsgesell	42	2,07
21.	Gerhard Jordan	199	4,59
22.	Monika Bevilaqua	45	1,14
23.	Helga Widder	60	1,80

Versuch einer Bilanz

Der Einzug der Grünen in alle Bezirksvertretungen vor einem Jahrzehnt hat zunächst sicherlich eine gestiegene Aufmerksamkeit für Bezirkspolitik (über die Bezirksvorsteher hinaus!) bewirkt und diese im öffentlichen Bewußtsein stärker verankert. Die etablierten Parteien entsenden heute auch wesentlich mehr weibliche und junge BezirksrätInnen als vor 10 Jahren.

Bei den Grünen begannen sich AktivistInnen, die bisher vorwiegend an „globalen“ Themen (Menschenrechte, Abrüstung, Dritte Welt, usw.) interessiert waren, auch mit konkreter Politik im „Grätzl“ auseinanderzusetzen, und nicht wenige BürgerinitiativlerInnen, denen es zunächst um eine Verkehrsberuhigung in ihrer Gasse ging, stießen so zu den Grünen und wurden manchmal sogar BezirksrätInnen.

Die Unzufriedenheit mit den mangelnden Möglichkeiten einer Bezirksvertretung, die in vielen Bezirken ablehnende Reaktion der anderen Parteien auf die „Eindringlinge“ und die geringen Rechte oppositioneller MandatarInnen führten vor allem in den ersten Jahren zur Desillusionierung und zum Ausstieg vieler grüner BezirksrätInnen.

„Lehrjahre“ in den Bezirken

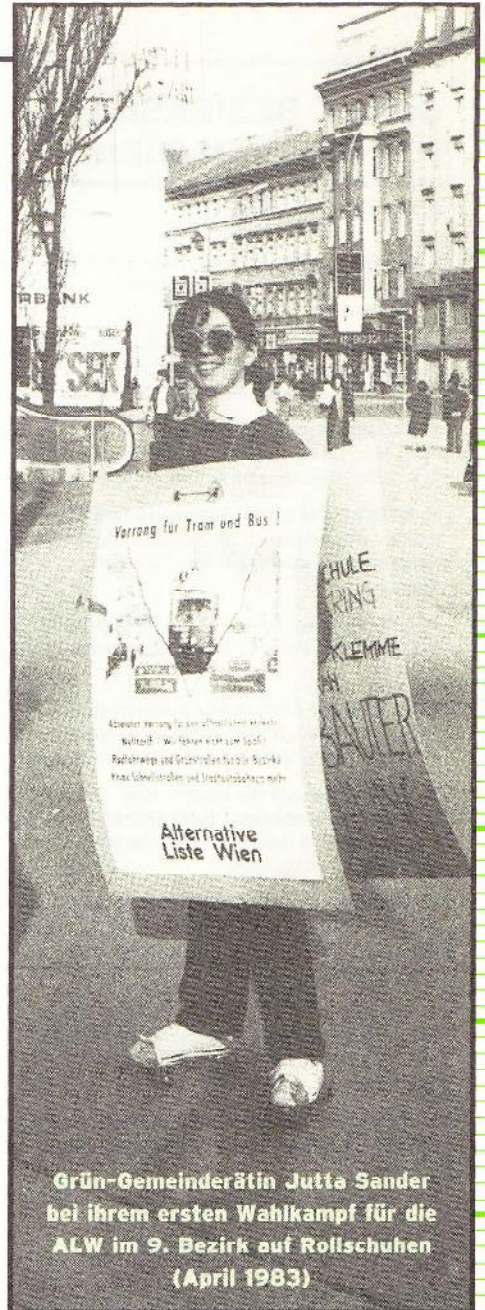
Dennoch konnten die Verblichenen kommunalpolitisches „Know how“ sammeln – zunächst mit wenig Ressourcen und bei politischem Gegenwind. Das Fehlen einer unterstützenden Rathausfraktion war zwar für die mediale Vermittlung grüner In-

halte schlecht (grüne Bezirksideen wurden oft von GemeinderätInnen der FPÖ „geklaut“ und „verbraten“), hob aber andererseits den Stellenwert der Bezirkspolitik innerhalb der Grünen. Beim Einzug ins Rathaus 1991 hatten 5 der 7 grünen GemeinderätInnen bereits in Bezirksvertretungen politische Erfahrung gesammelt.

Aufgrund der Bezirksarbeit wurde den Grünen 1991 von den WählerInnen auch das Vertrauen für die Arbeit im Gemeinderat geschenkt, und 1996 zeigte das Ergebnis der Bezirksvertretungswahlen, daß auf dieser Ebene die Grünen weit mehr Unterstützung haben als das bis heute wenig aktive Liberale Forum.

Auf Bezirksebene konnten einerseits Bauvorhaben verhindert werden (Shopping Centers, Tiefgaragen, teilweise auch Straßenprojekte), andererseits wurden konstruktive Maßnahmen durch Kampagnen beschleunigt (Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung, Verkehrsberuhigung, Mitgestaltung von BürgerInnen) und Grüne waren an der Einführung zahlreicher lokaler Initiativen im Kultur- und Sozialbereich beteiligt bzw. gaben den Anstoß (Beispiel: die „AusländerInnen-Beratung“ in der Eggerthgasse). Hier liegt auch die Herausforderung für die nächsten 10 Jahre grünalternativer Bezirkspolitik.

Erstaunlich – und schade – ist, daß die Tätigkeit vieler Bezirksgruppen nur von einer Handvoll AktivistInnen getragen wird. Daran schließt sich der abschließende Appell, Kontakt mit den Bezirksgruppen aufzunehmen (siehe Seite 11) und vielleicht sogar aktiv mitzuarbeiten.



Grün-Gemeinderätin Jutta Sander bei ihrem ersten Wahlkampf für die ALW im 9. Bezirk auf Rollschuhen (April 1983)

Ich möchte **Informationsmaterial** von den Wiener Grünen zugesandt.

Ich möchte in einer **Bezirksgruppe** mitarbeiten.

Ich interessiere mich für folgende **Themen:**

.....

NAME

ADRESSE

PLZ / ORT

TELEFON / E-MAIL

Ihre Daten werden von den Wiener Grünen EDV-mäßig verwaltet.



An

Die Grünen Wien

Lindengasse 40

1070 Wien



DIE GRÜNEN

GRÜNE ALTERNATIVE WIEN

Impressum: GA Wien-Aktuell Nr. 40/97. MHV: Grüne Alternative Wien, Lindeng. 40, 1070 Wien, Tel. 521 25/224. Redaktion: Elisabeth Holzer, Gerhard Jordan, Martin Margulies, Jutta Sander. Grafische Gestaltung: w.lendl.wien. Fotos: Die Grünen, Archiv. Druck: Die Brücke, 1010 Wien. Erscheinungsort Wien. Verlagspostamt 1070 Wien. P.b.b. DVR-Nr. 0527491